

**Festrede der Ministerin für Schule und Berufsbildung des Landes
Schleswig-Holstein
Britta Ernst
anlässlich der 28. Verleihung des
Olof-Palme-Friedenspreises
Schloss Reinbek, 28. Februar 2015**

Anrede.

Frieden, Freiheit und Solidarität stehen an der Wiege der Sozialdemokratie - in Deutschland wie in Europa. Es bedeutet mir viel, heute die Festrede zu diesem besonderen und wichtigen Preis zu halten, dem Olof-Palme-Friedenspreis, der heute bereits zum 28. Mal verliehen wird.

Die SPD des Kreises Stormarn, genauer gesagt Franz Thönnies, hatte damals 1986 als neu gewählter Kreisvorsitzender die kluge Idee, diesen Preis auszurufen, um die politische Friedensbotschaft Olof Palmes in die Zukunft zu tragen.

Von Anfang an dabei waren auch Sie, liebe Frau Kassovic, Sie haben den Olof-Palme-Friedenspreis in all den Jahren kräftig unterstützt.

Wir würdigen das Lebenswerk des großen schwedischen Sozialdemokraten, und wir ehren Menschen aus dem Kreis Stormarn, die sich hier und heute in ihrem Alltag für Frieden, Toleranz und soziale Gerechtigkeit engagieren.

Dafür danke ich allen, die für den Preis nominiert sind, den Preisträgerinnen und Preisträgern, deren Namen noch geheim sind. Und zugleich danke ich allen Menschen im Kreis Stormarn und in ganz Schleswig-Holstein, die sich für eine friedliche, tolerante und gerechte Gesellschaft engagieren.

Sie alle sind Friedensbotschafterinnen und Friedensbotschafter und machen unsere Welt ein bisschen besser. Das haben wir nötig. Wie sehr - das haben uns die ersten Wochen dieses Jahres gezeigt.

Diese Welt hatte 2015 keinen guten Start. Zu Beginn des Jahres blicken wir auf viele Krisenherde - Syrien, Irak, Ukraine, nach Afrika - und auch nach Europa: nach Paris, nach Kopenhagen und auch nach Escheburg.

Es gab einen brutalen Terroranschlag am 7. Januar in Paris, bei dem 17 Menschen getötet wurden - zehn Journalisten, drei Polizisten und vier Menschen in einem koscheren Supermarkt.

Dieser Anschlag trifft nicht nur Frankreich, das Land in dem einst Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit erstritten wurden. Er trifft auch nicht nur den Journalismus und die Freiheit des Worts.

Er trifft uns alle. Alle, die wir für Freiheit und Demokratie eintreten. Und zwar unabhängig von Religion oder Herkunft. Und machen wir uns nichts vor, wir sind auch alle gemeint.

Dann die beiden Anschläge von Kopenhagen: Wieder starben Menschen für die Meinungsfreiheit. Und wieder traf ein Attentat nicht nur das Land, im dem es geschah. Dieser Anschlag galt allen Demokraten.

Aber wir lassen uns nicht kleinkriegen. Wir wehren uns, indem wir uns für die Demokratie und die Freiheit stark machen. Olof Palme ist ein Vorbild dafür.

Das Attentat in Paris war ein Attentat auf die Demokratie. Dieses Attentat platzte in eine friedliche Stadt. Auch die Ermordung Olof Palmes am 28. Februar 1986 platzte in das Herz einer friedlichen Stadt.

Es war für Europa eine große Erschütterung, dass ausgerechnet der Mann, der wie kein anderer seiner Zeit für Frieden stand, durch ein Attentat aus dem Leben gerissen wurde.

Willy Brandt sagte in seiner Gedenkrede an Olof Palme, wenige Tage nach seiner Ermordung:

„Es gibt eine beeindruckende Reihe von Persönlichkeiten mit ungewöhnlicher moralischer Ausstrahlung, herausragende Kämpfer für Frieden und Menschenrechte, die aber dennoch - oder vielleicht gerade deswegen - Opfer der Gewalt wurden.

Von Abraham Lincoln und Jean Jaurès und Augusto Sandino bis hin zu Benigno Aquino und Indira Gandhi und - jetzt - Olof Palme. Ein jeder von ihnen und ihresgleichen hinterließ ein höchst wichtiges Erbe für die gesamte Menschheit.“

Terror und Gewalt werden ihr Ziel nicht erreichen.

Olof Palme hat die Sozialdemokratie als Freiheitsbewegung verstanden. Dieses Verständnis bestimmte sein Handeln. Es sollte auch unser Handeln bestimmen.

Es macht uns Mut, sich daran zu erinnern - in diesen Tagen und Wochen.

Unsere Werte stehen nicht in Frage, und unsere Demokratie und Freiheit werden nicht erschüttert. Sie sind die starken Fundamente unserer Gesellschaft.

Wir lassen uns von den Terroranschlägen in Paris und Kopenhagen nicht einschüchtern. Wir werden es auch nicht zulassen, dass dieser Anschlag auf die Freiheit nun in Deutschland von einigen irreführenden Menschen instrumentalisiert wird. Von ewig Gestrigen, die nationalistische Parolen rufen und die „Islamisierung des Abendlandes“ fürchten, oder die Brandbomben auf Asylbewerberheime werfen.

In ganz Schleswig-Holstein gehen viele Tausend Menschen auf die Straße, um für ein weltoffenes Schleswig-Holstein zu demonstrieren.

Die Kundgebungen, die im Anschluss an die Ereignisse von Paris an vielen Orten stattfanden - auch in Bad Oldesloe, Flensburg, Lübeck und Kiel - sind ein starkes Signal für Frieden und Freiheit.

Denn damals wie heute gilt: Wir lassen uns nicht einschüchtern. Von keinem.

- Nicht von den Terroristen gegen die Meinungsfreiheit und die Demokratie in Frankreich.
- Nicht von dem Attentäter von Kopenhagen.
- Nicht von verblendeten „Pegida“-Anhängern in Dresden und an anderen Orten.
- Nicht von al-Quaida, dem IS oder einzelnen Terroristen.
- Und auch nicht von Menschen in unserer Nachbarschaft, die Asylbewerberheime anstecken, weil sie um den Wert ihres Eigenheims fürchten. Das ist barbarisch und menschenverachtend.

Unsere Gesellschaft hat viel Platz für Menschen, die unsere Hilfe brauchen, für Menschen, die bei uns Zuflucht vor Krieg und Verfolgung suchen. Sie hat keinen Platz für Hass und Verblendung. Davon hatten wir in unserer Geschichte schon genug.

Der Olof-Palme-Friedenspreis zeichnet gelebte Solidarität in unserer Gesellschaft aus. Die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein, hier im Kreis Stormarn, verschließen nicht die Augen vor dem Leid anderer.

Sie wollen helfen, wo sie können. Die große Mehrheit in Schleswig-Holstein und in ganz Deutschland will internationale Krisen nicht nutzen, um alte Vorurteile und Ressentiments zu formulieren, wie wir es leider an einigen Orten beobachten müssen.

Daher ist es wichtig, dass Demokraten und Demokratinnen in ganz Deutschland zusammenstehen und denen, die diese Krisen für rechtspopulistische und rechtsradikale Ideen ausnutzen wollen, eine klare Absage erteilen.

„Die Welt ist aus den Fugen geraten“ - so formulierte es unser Außenminister Frank-Walter Steinmeier - eine Empfindung, die viele teilen.

Wir brauchen Besonnenheit im Denken und im Handeln. Bei diesen vielen Konflikten sind nicht nur Mitglieder der SPD froh, mit Frank-Walter Steinmeier einen Außenminister zu haben, der besonnen ist, anerkannt und sehr aktiv in der Welt. Mit ihm an der Spitze versucht Deutschland dort, wo es möglich ist, zu vermitteln und zu helfen. Damit zeigen wir ein gutes Bild in der Welt.

Diese Haltung der Besonnenheit im Denken und Handeln ist auch die Grundhaltung, mit der wir politisch agieren - nach außen und nach innen.

Die Politik Frank-Walter Steinmeiers, die Politik der SPD steht in der Tradition der „großen alten Männer der SPD. Ich möchte Helmut Schmidt nennen, Egon Bahr und Erhard Eppler, Olaf Palme und Bruno Kreisky - und natürlich Willy Brandt.

Was die „alten Herren“ eint, ist es, in großen historischen und internationalen Zusammenhängen zu denken. Sie haben den Zweiten Weltkrieg erlebt und wissen, dass Demokratie und Frieden erkämpft und immer wieder erarbeitet werden müssen.

Daher ist es kein Zufall, dass sich die weisen „alten Männer“ der SPD mit ihrer reichen Lebenserfahrung jetzt wieder zu Wort melden.

Das bereichert die Debatte. Sie haben einen anderen Blick als viele Jüngere. Sie waren vorsichtiger als viele heute, und zeigen, dass die deutsche Sozialdemokratie, die ihren Ursprung als Arbeiter- und als Friedenspartei hat, aus den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges gelernt hat.

Sie stehen für eine Politik, die nicht auf Konfrontation aus ist - und haben so zum Beispiel die neue Ost-West-Politik in den 60er-, 70er-Jahren auf den Weg gebracht.

Dass die Deutschen heute als „Volk der guten Nachbarn“ in Europa leben können (so formulierte es Willy Brandt in seiner ersten Regierungserklärung 1969), verdanken wir seiner Entspannungspolitik. Sie hat bis heute nichts von ihrer Bedeutung verloren.

Es ist das Verdienst der SPD, diese historische Erfahrung in sich zu bewahren. Wir sind Freiheitspartei und Friedenspartei mit über 150-jähriger Tradition. Historisches Wissen ist tief in unserer Programmatik verankert.

Auf diesem Fundament basiert unsere Außenpolitik. Sie wird nicht von Effektheischenden getrieben, wie wir es von den Vorgängern erlebt haben.

Meine Damen und Herren,

wir, die wir nach dem Krieg geboren wurden und heute an ganz unterschiedlichen Stellen Verantwortung tragen - im Großen wie im Kleinen, im Beruf, im Haupt- oder im Ehrenamt - wir alle, die wir uns für Frieden und Demokratie in unserer Gesellschaft einsetzen, sind von der Geschichte begünstigt.

Anders als viele Generationen zuvor haben wir in Frieden mit unseren Nachbarn gelebt. Der eiserne Vorhang ist verschwunden. Viele Staaten Mittel- und Osteuropas sind mit uns eng in der Europäischen Union verbunden.

Wir leben in Deutschland seit siebzig Jahren im Frieden. Das ist ein großes Glück, das wir nicht für selbstverständlich halten dürfen. Vielmehr haben wir die historische Verantwortung, uns für den Frieden in Europa stark zu machen.

Wie fragil die Lage in Europa ist, haben wir beim Krieg im ehemaligen Jugoslawien erlebt. Und wir erleben es heute, wenn wir auf das Geschehen in der Ukraine sehen.

Wir müssen gar nicht weit weg schauen, nach Afrika oder Irak. Die Ukraine liegt direkt vor unserer Haustür. Die Menschen dort sind unsere Nachbarn.

Wir sind mit der russischen Politik nicht einverstanden. Zugleich dürfen wir nicht aufgeben, müssen beharrlich festhalten am Dialog mit Russland. Wir dürfen nicht lockerlassen in unseren Verhandlungen.

Meine Damen und Herren,

wir brauchen neue Antworten auf neuartige Krisen. Mit dem Terrorangriff auf die Twin Towers am 11. September 2001 hat sich diese Welt verändert. Und die Art der Konflikte hat sich gleich doppelt verändert:

Sie finden nicht mehr nur an den Grenzen der Nationen statt.

Und der Gegner war nicht ein Staat, keine Nation - auch keine Religion.

Der Islamische Staat (IS), die al-Quaida - das sind Terrorgruppen, keine Nationen. Damit verändert sich auch unsere Friedenspolitik. Dies stellt unsere außenpolitische Arbeit vor völlig neue Fragen, auf die wir noch keine ausreichenden Antworten haben.

Ich sehe es mit großer Sorge, dass immer mehr junge Menschen aus Europa und auch aus Deutschland in den Dschihad ziehen wollen - das bedeutet: in den sicheren Tod.

Der Bundesverfassungsschutz rechnet mit 600 Jugendlichen, jungen Frauen und Männern, die von Deutschland aus nach Syrien oder in den Irak reisen, um die Terrormiliz IS zu unterstützen.

Wie kann das passieren, dass junge Menschen aus Europa sich von islamistischen Seelenfängern in einen fremden Krieg schicken lassen?

Wenn eine 16-Jährige in den Dschihad geht, ist das ihr sicherer Tod. Was geht in jungen Mädchen vor, die Deutschland verlassen? Was sie dort erleben, hat nichts mit dem zu tun, was sie sich vorstellen.

Wir müssen sehr wachsam sein, damit wir unsere Jugendlichen schützen können.

Wir müssen diesen Jugendlichen Orientierung geben, sie aufklären über die IS.

„Unsere Kinder sind die einzige Verbindung zur Zukunft - eine andere gibt es nicht“, sagte Olof Palme.

Wir dürfen es nicht zulassen, dass im 21. Jahrhundert junge Menschen in einen aussichtslosen Krieg ziehen, den sie wie alle Kriege nur verlieren können. Unsere Kinder sind die Zukunft Europas.

Terrorstaaten kennen keine Menschenrechte. Auf dem Hintergrund der politischen Krisen in der Welt gewinnt das sozialdemokratische Streben nach Chancengleichheit für unsere Jugendlichen eine neue Dimension: Bildung ist Menschenrecht.

Jedes Kind hat ein Recht auf die beste Bildung, den bestmöglichen Bildungsabschluss, auf einen guten Beruf und einen sicheren Platz in unserer Gesellschaft. Unsere Kinder haben das Recht auf eine gute Zukunft. Eine Zukunft in Frieden, in Sicherheit und in einer solidarischen, sozialen Gesellschaft.

Wenn es überhaupt eine Prävention gegen Extremismus gibt, dann gehören eine umfassende Bildung und Wertschätzung dazu. Die Jugendlichen haben hier in Deutschland und in Schleswig-Holstein viele Chancen, Lebenschancen. Wir müssen helfen, dass sie sie ergreifen.

Meine Damen und Herren,

wir müssen unseren Kindern vermitteln, wie wertvoll unsere Demokratie ist und dass Frieden nicht selbstverständlich ist.

Wir sind darauf angewiesen, dass sich die jungen Menschen für Demokratie interessieren und für Demokratie einsetzen, obwohl sie doch scheinbar so selbstverständlich und so unangefochten ist.

Dafür steht auch der Olof-Palme-Friedenspreis, den wir heute zum 28. Mal vergeben. Wo Freiheit und Demokratie sind, hat Terror keine Macht, da haben unsere Kinder eine Zukunft.

Vielen Dank.